

LV18-19-BV03 Kindern eine Stimme geben

Kindern eine Stimme geben

Die Corona-Krise aus der Perspektive der Kleinsten und ihrer Familien

Der Staat handelt entschieden und konsequent, um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen. Die Gesundheit der Bevölkerung steht an erster Stelle. Doch zugleich soll auch die Gesellschaft am Laufen gehalten werden. Denn das Leben aller Bürgerinnen und Bürger wird durch die Präventionsmaßnahmen derzeit extrem eingeschränkt. Daher gilt es, die Folgen der Kontaktbeschränkungen und anderen Einschränkungen wenigstens abzumildern. Die politisch handelnden Akteurinnen und Akteure sind beständig mit der Herausforderung konfrontiert zwischen Grund- und Freiheitsrechten sowie nötigen Schutzmaßnahmen abzuwägen. Ein Drahtseilakt, der nur mit Augenmaß gemeistert werden kann. Mit den bisherigen Schritten wurde verantwortungsvoll und mit ersten Erfolgen gehandelt. Nun treten wir mit „Exit“-Schritten und umsichtigen Lockerungen in eine neue Phase ein.

Es bleibt ein tastendes Abwägen, bei dem insbesondere auch die Perspektive der Allerkleinsten berücksichtigt werden muss. Die Einschränkungen treffen weiterhin Kinder und ihre Familien stark. Die Lockerungen, die in der vergangenen Woche beschlossen wurden, ändern an der Lebensrealität vieler Kinder und ihrer Familien wenig. Kinder haben eigene Bedürfnisse. Sie haben das Recht auf gleichberechtigte Teilnahme am öffentlichen Leben und gleiche Bildungschancen. All dies wird derzeit massiv beschnitten.

Es ist klar, dass die Notbetreuung in den Krippen und Kindergärten momentan vor großen Schwierigkeiten steht. Die Vorkehrungen, die zum Infektionsschutz getroffen werden müssen, dienen ja nicht nur dazu, die Kinder selbst vor Ansteckung zu schützen und so eine Ausbreitung von Covid-19 in den Familien durch aus der Kita mitgebrachte Infektionen einzudämmen. Sie dienen genauso sehr zum Schutz der Erzieherinnen und Erzieher, von deren Gesundheit - ähnlich wie beim medizinischen Personal in den Praxen Kliniken - die Leistungsfähigkeit unserer Kindertageseinrichtungen wesentlich abhängt.

Da in der Notbetreuung aus Infektionsschutzgründen besondere Maßnahmen getroffen werden müssen - beispielsweise durch die Begrenzung auf viel kleinere Gruppengrößen als üblich - und zudem eine Reihe von Erzieherinnen und Erziehern selbst zu Risikogruppen gehören und somit nicht oder nur teilweise eingesetzt werden können, bleibt die Gestaltung von Lockerungen ein schwieriges Unterfangen. Bei diesem müssen die Interessen der betroffenen Kinder und Eltern, der pädagogischen Fachkräfte und der Kapazität der Kindertageseinrichtungen sorgfältig ausbalanciert werden.

In diesen Abwägungen wird die Perspektive der Kinder noch nicht ausreichend wahr- und eingenommen. Kinder brauchen soziale Kontakte und Freundschaften – insbesondere zu gleichaltrigen Kindern – sie brauchen Freiräume, Austausch und Bildung für ihre Persönlichkeitsentwicklung.

Gerade die Kleinsten drohen hier unter die Räder zu kommen. **Es reicht nicht aus, darüber nachzudenken, wie die Freiheits- und Grundrechte der Erwachsenen in Einklang mit den nötigen Schutzmaßnahmen gebracht werden können. Auch Kinder haben ein Recht darauf, dass man ihre Bedürfnisse in den Blick nimmt und darauf reagiert.** Sie haben ein Recht darauf, als eigenständige Individuen betrachtet zu werden, die ebenfalls unter der Krise leiden.

Wir müssen Kindern eine Stimme geben und ihre Bedürfnisse ernst nehmen. Um Kindern und ihren Familien den Weg zurück in die Normalität schrittweise zu bereiten, schlagen wir folgende Maßnahmen vor.

SPD-Landesverband Sachsen 19. Sitzung des Landesvorstandes – Wahlperiode 2018-2020	24. April 2020 Dresden
LV18-19-BV03 Kindern eine Stimme geben	

I. Die Notbetreuung schrittweise ausweiten

Wir begrüßen die Diskussionen um die Erweiterung der Personengruppen, die ein Recht auf Notbetreuung erhalten. Es sollten auch Eltern einbezogen werden, bei denen der Arbeitsalltag dies erfordert. **Der Spagat zwischen Arbeit, Kinderbetreuung und Familienleben ist besonders für Alleinerziehende immens herausfordernd. Wenn die Notbetreuung in den Krippen, Kindergärten und Horten in nächsten Schritten weiter geöffnet wird, muss besonders diese Gruppe der alleinerziehenden Mütter und Väter bedacht werden.**

An diesem Punkt können wir jedoch langfristig nicht stehen bleiben. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die bereits unter normalen Umständen Väter und Mütter an die Belastungsgrenze bringt, ist nicht mehr gegeben. **Die Doppel- und Mehrfachbelastung ist für Eltern und Kinder nicht auf Dauer zu meistern.** Weder sind Schichtbetrieb noch Homeoffice mit einer parallelen Kinderbetreuung daheim vereinbar. Eltern, Kinder, Erzieherinnen und Erzieher brauchen eine Perspektive – natürlich vor dem Hintergrund des Infektionsgeschehens. Hier muss die Politik kreative und flexible Lösungen anbieten.

In Kindertagesstätten sollten unter Beachtung des Infektionsgeschehens schrittweise mehr Kinder betreut werden. Wie dieser Weg mit Blick auf das Wohl aller Beteiligten stufenweise erfolgen kann, sollte zusammen mit allen Beteiligten unter Einbindung der Gewerkschaften und Verbände, Träger sowie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erarbeitet werden, um auch pädagogische, konzeptionelle und inhaltliche Fragen zu beantworten. Dabei ist auch die Arbeitsgruppe von Bundesfamilienministerin Giffey zu unterstützen.

Wichtig ist uns, dass die Kinder sowie Erzieherinnen und Erzieher immer bestmöglich geschützt sind. Deswegen muss der Infektionsschutz stets beachtet werden. Wir können dabei aus anderen Ländern wie Dänemark oder der Schweiz lernen. Die Gruppen müssen zunächst klein sein und nicht durchmischt werden, Zielgröße sollten fünf Kinder bleiben. Auch alltägliche Dinge, die helfen Ansteckungen zu vermeiden, können kleine Kinder schon gut mitmachen – beispielsweise regelmäßiges Händewaschen. Ein kreativer und pädagogischer Umgang mit der Situation sollte befördert werden. Ein Projekt „spielzeugfrei“, naturnahe Pädagogik und viel Zeit an der frischen Luft zu verbringen, können hierfür Ansatz sein. Damit das möglich ist, müssen Träger und Erzieherinnen und Erzieher sowie Eltern informiert, unterstützt und begleitet werden.

Klar ist, dass wir für die verschiedenen Altersgruppen unterschiedliche Konzepte benötigen. Es werden zusätzliche Schutzmaßnahmen vor Ort und regelmäßige Tests beim Auftreten von Symptomen erforderlich sein. Je nach den räumlichen und personellen Ressourcen vor Ort, sollten unterschiedliche Betreuungs- und Beschulungskonzepte angewandt werden, die den Schutz der Gesundheit von Kindern sowie von Kita- und Lehrpersonal durch Hygiene- und Arbeitsschutzmaßnahmen berücksichtigen.

Mit der Öffnung der Kindertagespflegestellen könnten zeitnah kleine Gruppe von bis zu fünf Kindern in das gewohnte Gruppenumfeld zurückkehren und teilweise für Entlastung sorgen. Den Tagesmüttern und Tagesvätern sollte zusätzlich erlaubt werden, auch die eigenen Kinder mit zu betreuen. Außerdem sind die Altersgrenzen für den Übergang zum Kindergarten in diesem Jahr zu lockern, um einen längeren Verbleib in der Kindertagespflegegruppe zu ermöglichen.

Durch ein weiteres Anwachsen der Notbetreuung in Kindertageseinrichtungen können die vorhandenen Kapazitäten schnell erschöpft sein. **Ziel muss eine zeitnahe Wiederaufnahme sein. So könnten beispielsweise stabile Betreuungskontexte in kleinen Gruppen im Schichtbetrieb erreicht werden.**

LV18-19-BV03 Kindern eine Stimme geben

II. Kitas sind mehr als Betreuungseinrichtungen

Frühkindliche Bildung ist wichtig, denn die Grundlagen für die Zukunft werden bereits bei den Allerkleinsten gelegt. **Kindertagesstätten und Kindertagespflegestellen sind mehr als Betreuungseinrichtungen – sie sind Orte der Bildung und Persönlichkeitsentwicklung.**

Gerade für Vorschulkinder ist das letzte Jahr im Kindergarten wichtig. Es ist ein Übergang, der sie vor große Herausforderungen stellt und vielfältige Kompetenzen erfordert. In der Phase werden die Kinder auf die Schule vorbereitet. Dadurch sollen ihnen die ersten Schritte im Schulalltag erleichtert werden. **Die Vorschule findet derzeit de facto nicht statt und kann durch nicht ausreichend pädagogisch geschulte Eltern auch nicht ohne Weiteres ersetzt werden.**

Deshalb sind Impulse, Hilfestellungen und pädagogische Anleitung durch die Erzieherinnen und Erzieher erforderlich. Ebenso sollten Lernmaterialien bereitgestellt werden. Dort wo bereits kreative Ansätze angewendet werden, ist das zu unterstützen.

Klar ist, dass Kinder und Eltern nicht überfordert werden dürfen. Die Unterstützung der Eltern ist nötig, gerade um eine Chancengleichheit zu erwirken. Es darf nicht alleinige Aufgabe der Eltern sein, ihre Vorschulkinder mit Lernmaterialien auszustatten. **Die frühkindliche Bildung darf nicht vom Geldbeutel oder dem Bildungsabschluss der Eltern abhängen. Das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, jedes Kind ist gleich viel wert.**

Deshalb sollte auch erwogen werden, die Vorschulkinder zeitnah wieder im Kindergarten zu begrüßen. Personal und Räume von kooperierenden Horten oder den Horten der zukünftigen Grundschule könnten bei dieser Aufgabe – ggf. tageweise – helfen, um so auch den Übergang vom Kindergarten zur Grundschule und in den Hort zu erleichtern.

III. Soziale Kontakte und Freizeitmöglichkeiten

Kinder brauchen Kontakt zu Gleichaltrigen. Gerade für die Allerkleinsten sind die Einschränkungen sehr schwer zu verstehen und nachzuvollziehen. **Einsamkeit ist nicht nur ein Problem für Erwachsene, sondern auch für Kinder. Sie leiden in besonderem Maße unter den fehlenden sozialen Kontakten, denn nur im Zusammensein und in der Auseinandersetzung mit anderen Kindern und Erwachsenen außerhalb der eigenen Kernfamilie formen sie ihr Bild von der Welt und ihre Persönlichkeit.**

Bleiben die Kitas bis zu den Sommerferien geschlossen, drohen nicht nur Einsamkeit oder der abrupte Abbruch von Freundschaften im Vorschulalter, sondern mittelfristig auch Entwicklungsverzögerungen im emotional-sozialen und im sprachlichen Bereich. Das sollte unter Einbezug aller Möglichkeiten verhindert werden. **Soziale Kontakte müssen auch für Kinder möglich sein, daher braucht es unter Beachtung des Infektionsgeschehens einen Plan zur teilweisen Öffnung von Spielplätzen sowie anderen Freizeit-, Sport- und Begegnungsstätten.**

Insbesondere alleinerziehende Mütter und Väter stellt die Corona-Krise vor besondere Herausforderungen. Ihnen und ihren Kindern fehlt es verstärkt an sozialen Kontakten. **War die Lockerung der Ausgangsbeschränkung für viele Sächsischen und Sachsen ein Schritt in Richtung Normalität, reichen die Lockerungen für Alleinerziehende nicht aus.**

Die Kontaktbeschränkungen führen dazu, dass sie sich weiterhin nicht mit anderen Eltern und Kindern in der Öffentlichkeit treffen können. Hier bedarf es anderer Lösungen, um auch für diese Gruppe soziale Kontakte möglich zu machen. **Parallel sollte darüber nachgedacht werden, Treffen und die Betreuung von (Klein-)Kindern in kleinen Gruppen mit einem festen Personenkreis zu ermöglichen und so auch Hilfe zwischen Eltern zu unterstützen.**

SPD-Landesverband Sachsen 19. Sitzung des Landesvorstandes – Wahlperiode 2018-2020	24. April 2020 Dresden
LV18-19-BV03 Kindern eine Stimme geben	

IV. Familien finanziell stärken

Die Corona-Krise wird auch im Geldbeutel der Familien spürbar: Einkommen fallen durch die wirtschaftlichen Beschränkungen weg und die Arbeitszeit muss zum Teil reduziert werden. Es ist wichtig, dass die **Betreuungskosten weiterhin erstattet werden**. Um die Kommunen nicht zu belasten, sind hierfür die Elternbeiträge vom Freistaat zu tragen.

Auch sollte die aktuelle Situation als Grund für bezahlten Sonderurlaub von Eltern anerkannt werden. Bislang erhalten die Eltern eine Entschädigung von 67 Prozent des monatlichen Nettoeinkommens (maximal 2016 Euro) für bis zu sechs Wochen. **Dieser Zeitraum muss verlängert und analog dem Kurzarbeitergeld erhöht werden.**

Zudem muss die Arbeitszeit im Sinne einer Familienfreundlichkeit flexibel verändert werden können, ohne dass daraus Nachteile entstehen: Hierfür müssen auf Bundesebene Regelungen für einen Rechtsanspruch auf Arbeitszeitreduzierung mit entsprechendem Kündigungsschutz und einer Einkommensersatzleistung getroffen werden.

V. Familienpolitik nach der Krise

Wir dürfen nicht den gleichen Fehler wie nach der Finanzkrise 2008 machen: Damals wurde in Sachsen am Sozialstaat, an der Bildung und der staatlichen Grundversorgung eingespart. Ferner wurde zu wenig in die Zukunft investiert. Die Folgen waren fehlendes Lehrpersonal und eine Abwicklung von Angeboten im Kinder- und Jugendbereich. Es war eine Krisenbewältigung auf dem Rücken der Leute mit geringem Einkommen und der Menschen mit weniger Chancen. Es muss nach der Krise verstärkt in den Bildungs- und Sozialbereich investiert werden.

Die Folgen der Krise dürfen uns nicht lähmen, sondern wir müssen Maßnahmen ergreifen und investieren, um die Krise zum wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Aufbruch zu machen.

Wir wollen daran festhalten, dass **Alleinerziehende das Landeserziehungsgeld bekommen, auch wenn ihr Kind in der Kita oder von Tageseltern betreut wird.** Familien mit kleinen Einkommen bekommen derzeit einen monatlichen Kinderzuschlag (KiZ) von bis zu 185 Euro. Ob und in welcher Höhe der KiZ gezahlt wird, hängt von mehreren Faktoren ab – vom eigenen Einkommen, den Wohnkosten, der Größe der Familie und dem Alter der Kinder. Alle Maßnahmen, welche unser Bildungssystem gerechter machen, müssen wir auf Landes- und Bundesebene nach der Krise vorangetrieben werden. **Daher sollten wir dringend darüber nachdenken, wie die moderne frühkindliche Bildung der Zukunft aussehen wird.**

Die Corona-Krise muss genutzt werden, das Leben der Kinder zum Guten zu verändern. Es ist an der Zeit, die richtigen Schlüsse aus der Krise zu ziehen und bisherige Annahmen anhand grundlegender Fragen zu überdenken. Das SPD Konzept **der Kindergrundsicherung auf Bundesebene bleibt deshalb eine unserer wichtigsten Forderungen.**